

Erfolgreiche Umstellung

Der bekannte Volkswirt Dr. Ludwig, der die Verhältnisse der deutschen Automobilindustrie betriebswirtschaftlich untersucht hat, geht nun in einer wertvollen Arbeit auf die Verhältnisse bei den A.G.A.-Werken ein. Danach steht die Produktion der A.G.A. mit rund 500 Wagen hinter Opel und Brenna vor an dritter Stelle. Die Umstellung auf moderne Fabrikationsmethoden ist unter Leitung des bekannten Fachmannes für Massenfabrikation, Direktor Schiller vom Volkswagenverein, mit Erfolg gelungen worden und verspricht weitere Erfolge. Unter normalen Verhältnissen hätte die A.G.A. am Schluß dieses Jahres ihre monatliche Produktion auf 1000 steigern können. Sie betrug Anfang dieses Jahres 212 bei einem Absatz von 200 Wagen, im Juli 500 bzw. 261 und bis zur Hälfte des Monats August 550 bzw. 251. Der Rückgang im Absatz für den Monat August erklärt Ludwig aus den Zeitungsverhältnissen. Mit einer Steigerung des Absatzes sei durchaus zu rechnen.

Interessant sind die Ausführungen Ludwigs über die Preisbildung. Der Preis für einen A.G.A.-Wagen (offener Wagen) beträgt 7000 Reich. Die ausserordentlichen Erhöhungen herbeigeführt, ist es den A.G.A.-Leuten gelungen, im Zeitraum von einem halben Jahr die Produktionskosten um 20 Prozent pro Wagen zu senken. Eine weitere Senkung sei durchaus möglich.

Scharfe Gegenläufe auf dem Pariser Parteitag

Zur oder gegen Koalitionspolitik? — Noch keine Entscheidung

Der sozialistische Parteitag hat am Montag vormittag seine Tagung abgebrochen, um der Resolutionskommission Gelegenheit zu geben, über die eingebrachten Anträge zu beraten. Diese hat am Montag morgen eine längere Sitzung abgehalten, die jedoch noch zu keinem Ergebnis geführt hat. Wie die Scharfe der Gegenläufe, die am Sonntag in der Aussprache über die politische und parlamentarische Orientierung der Partei zum Ausdruck gekommen sind, erwarten ließ, ist auch innerhalb der Resolutionskommission der Versuch einer Einigung auf eine gemeinsame Formel bisher gescheitert. Die Widerläufe vertreten durch Renaudel, Karske, Prot. Grundmann, läßt an dem von ihr vertretenen Standpunkt fest, daß die Partei unter gewissen Umständen und Voraussetzungen für die Vorseitigung an der Bildung einer neuen Regierung nicht entgegen sein könne, während die Mehrheit die Überwindung der Widerläufe in einem bündelnden Kabinett bedingungslos ablehnt und sich zu keinerlei Konzessionen an den Standpunkt des rechten Flügels bereitfinden will. Die Kommission tritt Montag abend um 9 Uhr zu einer neuen Sitzung zusammen; doch werden die Aussichten, daß es in deren Verlauf zu einer Verständigung kommen könnte, sehr düster beurteilt. Im Gegensatz zu den letzten Parteitagen in Grenoble und Paris wird also voraussichtlich der gegenwärtige Kongress, ähnlich wie dies bereits in der vergangenen Woche bei den Verhandlungen des Seine-Departements der Fall war, über zwei auseinandergehende Resolutionen abstimmen haben, wobei allerdings schon jetzt feststeht, daß die von Leon Blum, Braude, Paul Doumer und Jaurès eingebrachte Formel, die jede Koalitionsform in der Frage der Regierungsbeteiligung zurückweist, eine überwältigende Mehrheit erhalten wird.

Die Nachmittags-Sitzung des Parteitages geht der Beratung der auf der Tagesordnung des Kongresses der sozialistischen Internationale stehenden Fragen, Genosse Lebas erhaltete Bericht über den Stand der internationalen Verhandlungen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, zum Ausbau der Arbeitslosenversicherung und des Schutzes der fremden Arbeiter in den einzelnen Ländern, und über die in Aussicht genommenen Maßnahmen zur Sicherung des Friedens und zur Modernisierung des Washingtoner Abkommens. Zur internationalen Situation sprach Leon Blum. Dann auch noch kurz über die Wiederherstellung eines wirklichen Friedens gesprochen werden konnte. Hierbei er aus, so seien doch in den internationalen Beziehungen wesentliche und erhellende Fortschritte erzielt worden. Der Dawes-Plan, das Londoner Abkommen, die Genfer Protokolle, die Verhandlungen über den Eisenbahnvertrag bildeten die Etappen auf dem Wege zur Entspannung der internationalen Lage. Die sozialistische Internationale, die mitten in der Aufrüstung in Frankfurt die Richtlinien zur Regelung des Reparationsproblems festlegte und kurz darauf in Hamburg die Arbeiterorganisationen von 24 Ländern zu einer neuen Internationale zusammengeführt habe, könne für sich ein wesentliches Verdienst an dieser Entspannung in Anspruch nehmen. Was die Lösung der Eisenbahnfrage angeht, so hätte der französische Sozialismus den durch das Genfer Protokoll vorgeschriebenen Weg der generellen Regelung vorgezogen. Er lehne jedoch andererseits nicht von vornherein die von den Regierungen in Aussicht genommene Regelung durch einen auf England, Frankreich, Deutschland und Belgien beschränkten Sicherheitspakt ab, vorausgesetzt, daß diese Trillierung einer alle Völker einbeziehenden Generalregelung nicht den Weg verbarke, sondern im Gegenteil ihn vorbereiten helfe. Eine wirkliche und dauernde Lösung des Friedens werde erst die Wiederherstellung des vollen Vertrauens zwischen den Präparatisten der verschiedenen Länder bringen; denn die damit zusammenhängenden Probleme könnten nicht in dem engen Rahmen der einzelstaatlichen Parlamente, sondern nur international gelöst werden. Das Gleiche gelte von den großen wirtschaftlichen Fragen. Unter keinen Umständen dürfe der in der Völkerbundsatzung vorgeschriebenen friedlichen Revision der Verträge der Weg verbarke werden. Schon sei einer der im Jahre 1919 geschlossenen Friedensverträge durch Waffenmacht geändert worden (Vertrag von Locarno), und nur das Sicherheitsbedeutend der Revision auf dem Weg der friedlichen Verhandlung könne die Wiederholung dieses Beispiels verhindern.

Abendlich äußerte sich Grundmann, der erklärte, daß für die Sozialistische Partei Frankreichs keiner der letzten Verträge (Vertrag von Locarno) sei, und daß man, wenn man nicht eine Möglichkeit offenhalte, Bestimmungen, die sich auf die Dauer als unvereinbar mit den vitalen Interessen einzelner Völker erweisen, auf dem Verhandlungswege zu ändern. Die Gefahr neuer Attacken herauszufordern. Grundmann setzte sich weiterhin für einen internationalen Aufbau der Beziehungen zwischen den sozialistischen Kräfte der einzelnen Länder ein und schlug dafür die Schaffung eines besonderen Generalsekretariats für internationale Fragen in jedem Lande vor. Auch die Verbindung zwischen der sozialistischen Bewegung sollte noch sehr viel zu wünschen übrig. Nur Deutschland verhalte sich dem Geiste des Reformwesens über ein getrenntes nationales Organ in Kontakt des Sozialdemokratischen Präsidiums, es der die Parteiverträge in Deutschland von den vorkrieglichen Nachrichtenagenturen unabhängig gemacht habe, und durch eigene Vertreter, die es in allen Hauptstädten der Welt unterhalte, die sozialistischen Kräfte abstimmen und im Geiste der Partei über alle internationalen Fragen unterrichten.

Frankösischer Bankrunderklärung vor dem Parlament?

P. Paris, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Der Streit der französischen Bankangelegenheiten ist in die vierte Woche eingetreten, ohne daß sich bisher eine Aussicht auf Beendigung des Konfliktes eröffnet hat. Das Exekutivkomitee in Paris hat für nächsten Sonntag einen 24-stündigen Generalkongress erklärt, an dem sich die Arbeiter der Eisenbahn, die Angestellten der Straßenbahn und andere Gewerkschaften beteiligen werden.

Das Exekutivkomitee der Streikenden hat, wie bereits berichtet, als einzige Möglichkeit zur Lösung des Konflikts die Zusammenberufung des Parlaments ins Auge gefaßt. Infolge der

Anwesenheit fast der gesamten Fraktion der Sozialistischen Partei auf dem Parteitag in Paris hat das Exekutivkomitee bereits die Unterbrechung von etwa 40 Abgeordneten zugunsten eines parlamentarischen Eingreifens erlangt. Auf dem Parteitag selbst hat Pressemann die Einberufung der beiden Kammern zu einer außerordentlichen Sitzung über den Bankrunderklärung und die Ereignisse in Marokko vorgeschlagen.

Noch keine Ueberreichung der Antwortnote

P. Paris, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Die mehrfach verbreitete Nachricht, daß die französische Antwort auf die deutsche Note vom 20. Juli über den Sicherheitspakt am Montag oder Dienstag nach Berlin abgeht, wird vom französischen Außenministerium demontiert. Ein Zeitpunkt könne nicht festgelegt werden, da die Antworten der Kabinette von Brüssel und Rom, denen die französische Note am vergangenen Donnerstag ausgeteilt worden ist, noch nicht eingetroffen seien. Die Note werde durch einen Kurier nach Berlin erst überhandt werden, wenn die Meinungsäusserungen dieser Mächte eingegangen seien, was für die Mitte dieser Woche erwartet werde. Die Antwort werde der deutschen Regierung nicht vor Freitag oder Sonnabend mitgeteilt werden und am Tage nach ihrer Ueberreichung veröffentlicht werden.

S. London, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Das Foreign Office hat an die Dominien den Text der französischen Antwortnote an Deutschland über den Sicherheitspakt übermittelt. In offiziellen Kreisen glaubt man, daß es möglich sein wird, eine Sitzung von französischen, englischen, belgischen und deutschen Sachverständigen noch vor der bevorstehenden Tagung des Völkerbundes einzuberufen.

Englischer Bestimmismus in der Marokkofrage

London, 17. August. Die Westminster Gazette schreibt zu den Erklärungen Painlevés, daß der Marokkofolgung noch im Oktober beendet sein werde, daß man diesen

Optimismus auf keinen Fall teilen könne. Die Erfahrung habe bewiesen, daß Kolonialkriege von langer Dauer sein könnten. Während Abd el Krim behauptet, seine Friedensvorschlüsse wären dauernd zurückgewiesen worden, schmele Painlevé in seinen letzten Erklärungen zugeben, daß Friedensbedingungen vorhanden waren, daß sie aber nicht erzwungen werden konnten, da sie die Unabhängigkeit des Rif nicht vorsahen, die nicht mit den bestehenden Verträgen vereinbar sei. Zum Schluß fragt das Blatt, ob Painlevé die an Marokko interessierten Mächte um ihre Meinung zu einer eventuellen Unabhängigkeitserklärung des Rifgebietes gefragt habe und ob der Ministerpräsident glaube, daß Verträge nicht korrigiert werden könnten.

Paris, 17. August. Gadas meldet aus Fez: In der Gegend südlich von Meknes wird das Renaufsteigen feindlicher Streitkräfte gemeldet, die nach den Operationen bei Serrao zurückgezogen worden waren. Sie sollen sich teilweise nördlich von Saida gruppieren. Elissa und Babtata sind ohne Schwierigkeiten reproviantisiert worden. Im Verlaufe dieser Operationen wurden einige Gefangene gemacht.

Paris, 17. August. Wie dem Journal aus Madrid gemeldet wird, ist die Operation gegen die Alhucemas-Bucht endgültig auf den 21. August anberaumt. Die Truppen werden umweit von Sidi Weiß gelandet werden, um Alhucemas von der Seite her anzugreifen. Alle vorbereitenden Arbeiten seien beendet. Es seien an Truppenverstärkungen für die Operationen 40 000 Mann vorgesehen.

Streikende Postbeamte in Schanghai

London, 17. August. In Schanghai sind heute über 1000 Postbeamte in den Streik getreten. Die Streikenden verlangen Lohnserhöhung, Anerkennung der Angestelltenverbände, Kürzung der Arbeitszeit, Immunität für die Streikführer, eine Gewehr, daß nach 1926 keine Ausländer mehr beschäftigt werden.

Verhandlungszölle?

Von Joh. Kreyen

Nachdem die Zollvorlage als Ergebnis gründlicher, vertrauensvoller Zusammenarbeit zwischen der Regierung und den hinter ihr stehenden Parteien Gesetz geworden ist, bildet dieses Gesetz die Grundlage für die vielfachen Handelsvertragsverhandlungen, die in der Folge stattfinden haben, um die rechtlichen Normen für die weltwirtschaftlichen Beziehungen Deutschlands auf dem Gebiet des Handels zu schaffen. Nach mancher Erklärung der Regierung und der Kompromißpartei soll zu erwarten sein, daß viele Tarifpositionen des neuen Zollgesetzes im Verlauf dieser Vertragsverhandlungen entscheidend ihrer angeblichen Bedeutung als Kompensationsobjekte eine Herabsetzung erfahren werden. Der Glaube an solche Herabsetzungen in bedeutendem Maße ist in den Kreisen der Opposition mit Recht sehr gering. Da die Normierung der Tarifsätze in der Regel nach Verhandlungen mit den speziell interessierten Kapitalistengruppen erfolgt ist (wenn auch bürokratische Idiotie außerdem eine große Rolle gespielt hat), wobei nach den Behauptungen der Regierung das Resultat jeweils unter den Vorberatern der besagten Interessenten lag, so wird man deren Widerstand ermaßen können bei jeder Absicht, ihre „Belange“ weiter zu verteidigen. Andererseits ist aber auch die sozialpolitische Praxis der Nachkriegszeit ein Anlaß zum schwärzesten Pessimismus.

Ueber diese Nachkriegspraxis ist weitestens Kreisen so gut wie nichts bekannt. Zu Anfang dieses Jahres stellte Professor Harms, Kiel, im Wortwort zu seinem Buche „Die Zukunft der deutschen Handelspolitik“ (1. Band) fest: „Was seit dem Jahre 1922 auf dem Gebiet der Zollgesetzgebung in Deutschland vor sich gegangen ist, wissen die wenigsten — und diese haben nicht die Aufhebung davon gemacht.“ Die Prüfung dieser Verhältnisse ergab:

„Daß von den insgesamt 216 Positionen des Zolltarifs 239 ganz, 38 zum Teil erhöht worden sind. Ausgangspunkt dieser Zolländerungen ist das Gesetz über Erhöhung von Zöllen vom 8. April 1922, in Kraft ab 1. Mai 1922, dem später zahlreiche weitere Gesetze und Verordnungen gefolgt sind. Das Verfahren war einseitig und schematisch. Fast vier Fünftel aller heute außerhöhten Positionen wurden vom 1. Mai 1922 an mit dem doppelten Satz von 1922 belegt, mithin um 100 Prozent angehoben. Eine Verordnung vom 27. September 1922 brachte für eine Reihe von Waren, insbesondere der Textilbranche, eine Zollhöhung von 50 Prozent auf die neuen Sätze. Durch Verordnung vom 29. September 1923 wurden bis dahin nicht erhöhte Positionen bedacht, außerdem aber zahlreiche der schon erhöhten Positionen um weitere 50 bzw. 100 Prozent erhöht. Hierbei ist zu beachten, daß die genannten prozentualen Erhöhungen sich gegenüber den autonomen Sätzen von 1922 ergeben. Im Vergleich zu den Verhältnissen ist das prozentuale Steigerungsverhältnis erheblich größer.“

Professor Harms hatte die Verhältnisse zu Anfang dieses Jahres ermittelt (erforscht, muß man für die mühsame Arbeit sagen). Dem Entwurf eines Gesetzes über Zolländerungen“ (datiert 18. Juni 1925) hätte dann die Reichsregierung eine autoritative Gegenüberstellung der vor- und nachkrieglichen Zolltarife (sammelnd und vertrauenswürdig), der außerdem in der Aussicht genommenen Zolltarife für die durch den Gesetzesentwurf veränderten Tarifnummern“ an. Daraus ergaben sich als noch in Geltung befindlich u. a. die folgenden, besonders auffällig gesteigerten Positionen:

Waren	Erhöhter Zoll	Erhöhter Zoll
Dichte, ungemüllerte Gewebe, ganz aus Seide, roh	300	3200
Tüll, ganz oder teilweise aus Seide	250—300	1500—1800
Andichte Gewebe, ganz oder teilweise aus Seide	1000—1500	4000—6000
Spitzenstoffe und Spitzen aus Seide	600—800	3200
Spitzen und Tüll aus Seide	300—250	1050—1400
Andichte Baumwollgewebe zu Vorhängen	150—200	720—1040
Baumwoll-Tüll, roh, ungemüllert	60	150
Baumwoll-Tüll, roh, gemüllert	120	360
Baumwoll-Tüll, gefärbt, gefärbt, gedruckt	200	600
Baumwoll-Spizen	300—150	1400—1800
Weiber und sonstige Gegenstände aus Seide	500—1200	2500—3000
aus Wolle	150—350	1050
aus Baumwolle	120—250	1050
Keine Schneidwaren	24	48
Haarnadeln, keine	24	48
Schreibmaschinen, Rechenmaschinen, Chronographen	60	240
Wagenmaschinen für Landwirtschaft	15—100	60—240
Motorfahrzeuge	40—100	160—240

Außer diesen Positionen sind zahlreiche andre zur Zeit noch außerhöht, wenn auch die schlimmsten Auswüchse der Nachkriegs-Zollgesetzgebung, die auf einem Ermächtigungsgesetz beruht, beseitigt zu sein scheinen. Harms führt diese ganzen Zolländerungen auf die Absicht zurück, die Augusteinstufung zu beschneiden, weiter aber auch auf staatsfinanzpolitische Absichten und schließlich auf handelspolitische Gesichtspunkte, wobei „insbesondere schutzökonomische Tendenzen sich durchgesetzt haben.“ Nach der Marktstabilisierung wirkten sich die erhöhten Zölle in vollem Umfange aus und führten zu einem „Stau der nationalen Arbeit“ wie er in der Vorkriegszeit (speziell in unendlich gewesener „Vereinbarung“ und „ermächtigt“ Gesetzgebung hatten mithin Hochschulzollpolitik auf eigene Faust getrieben.“ Ueber die Folgen sagt Harms:

„Trotz hohen Steuern, Frachten und anderer Vorbelastungen hätte das industrielle Preisniveau angesichts der erheblich niedrigeren Löhne in Deutschland tiefer liegen müssen als im Ausland, zumal die Nahrungsmittelpreise unter Weltmarktpreisen lagen und auch die Wohnungspreise die Auslandpreise nicht erreichten. Wenn trotzdem die deutschen Industriepreise vielfach sogar über die Auslandpreise hinausgingen — nicht zuletzt in der Textilindustrie —, so ist dies vor allem eine Folge der Zollhöherungen, worauf nicht scharf genug hingewiesen werden kann.“

Aus dieser sozialpolitischen Praxis ergeben sich ohne weiteres die Schlüsse für die Einstellung der Reichsregierung zu den kommenden Handelsvertragsverhandlungen. Hat man schon immer den Forderungen der kapitalistischen Interessenten restlos entsprochen, so ist anzunehmen, daß man jetzt nicht plötzlich das Gegenteil tun wird. Professor Harms sagte darüber in einem Vortrag in Hamburgischen Uebungsstab, der kürzlich unter dem Titel „Gegenwartsaufgaben der deutschen Handelspolitik“ auch im Druck erschienen ist (Hans, Gustav Fischer):

„... in der Theorie dem autonomen Tarif als Verhandlungsinstrument liegt eine unüberwindliche Gefahr. Es ist offenes Geheimnis, daß zahlreiche Wirtschaftsoberstände behaupten, es seien ihnen im Hinblick auf die in den Vertragsverhandlungen zu gewährenden Minimalsätze bestimmte Zusicherungen gemacht worden. Das Nachsehen der vorgezeichneten Ermächtigung der autonomen Sätze soll in vielen Fällen sehr klein sein.“

Was Harms dann schließlich als Befürchtung ausspricht, daß „die jetzigen Sätze im wesentlichen doch das Endresultat sind“, das ist die Ueberzeugung vieler, die sich durch die Forderungen der Regierungsmänner und der Kompromißführer seinen Augenblick haben irreführen lassen. So, wie sich bisher schon ein Argument der Zollner-Regierung nach dem andern im ganzen wie im einzelnen als unwirksam und unhaltbar erwies, meist nicht einmal besonders klug erfunden zur Vertiefung brutalen Profitstrebens, so wird auch das Argument von der Notwendigkeit hoher Verhandlungszölle sich in der nächsten Zukunft als unwirksam entfallen.

Für die Methoden der Väter-Regierung bei der Verhandlung handelsvertraglicher Beziehungen brachten die deutsch-spanischen Verhandlungen bereits ein erprobendes Beispiel. Ein eben erst abgeschlossener Vertrag wurde zunächst durch deutsche Entwürfe auf Abänderung in Frage gestellt und dann ohne Rücksicht auf den Gang der Verhandlungen von Deutschland zum nächsten möglichen Termin gefälligst. Die Kündigung wurde u. a. beantragt mit immerwährenden Sorgen der deutschen Regierung, nämlich der Befürchtung, die Winger im besetzten Gebiet der separatistischen und kommunistischen Propaganda anheimfallen zu lassen. Die Spanien, die für solche Gründe kein Verständnis haben, die wohl auch den Zusammenhang zwischen deutschen und zentralen-Asien-Verhandlungen bezüglich der Winger und dem deutsch-spanischen Handelsvertrag besser verstehen haben, als die bedenklige Kraflosigkeit des Auftritts-Kabinetts voraussetzte, haben nunmehr der deutschen Handelsdelegation den Stuhl vor die Tür gestellt.

Die Einstellung der deutschen Reichsregierung auf handelspolitische Sonderbestimmungen in Verbindung mit dem Interesse der sie stützenden Parteien wird die Zahl der Sonderklauseln recht hoch werden lassen; es ist zu erwarten, daß unter solchen Umständen nicht wenige Sonderbestimmungen interessant an Vertragsabschlüssen mit Deutschland erfüllen und es darauf ankommen lassen, daß Deutschland andre Bedingungen bietet, als sie im Welttarif gegeben sind.

Zugewandert wird die deutsche Arbeiterkraft nicht nur auswärts beschwert werden vom sozialistischen „nationalen“ Sozialismus, sondern auch hier wie früher durch die durchgehende Arbeitslosigkeit als Folge der unmöglichen Handelsvertragspolitik.